

AGEZ-PRESSEAUSSENDUNG

Kein Auspielen der von hohen Spritpreisen in Österreich Betroffenen gegen Notleidende in den ärmsten Ländern der Welt!

Die AGEZ tritt vehement gegen BZÖ-Vorschlag ein, Entwicklungshilfe solange zu blockieren, bis Entlastung für österreichische Autofahrer kommt.

Wien, 2. September 2005 – **Die in der AGEZ vertretenen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sprechen sich vehement gegen den Vorschlag von BZÖ-Chef Haider und Klubobmann Scheibner aus, Entwicklungshilfe nicht zu erhöhen. Beide wollen die Aufstockung der Entwicklungshilfegelder solange blockieren, bis es zur Entlastung der österreichischen AutofahrerInnen kommt.**

Die Entwicklungsorganisationen wehren sich auf das Entschiedenste dagegen, das Leid der Menschen in den ärmsten Ländern der Welt gegen die hohen Treibstoffpreise in Österreich aufzurechnen. Was können die Millionen Menschen, die täglich hungern, kein sauberes Trinkwasser haben, über keinen Zugang zu einem Bildungs- und Gesundheitssystem verfügen dafür, dass die Benzinpreise in Österreich hoch sind? 30.000 Kinder sterben an vermeidbaren Krankheiten – und das täglich. Es ist zynisch, gerade jetzt – zwei Wochen vor dem UN-Gipfel, der die Millenniumsentwicklungsziele nach den ersten fünf Jahren einer Bilanz unterzieht – die Armen auszuspieren. Die Millenniumsentwicklungsziele haben zum Ziel, die weltweite Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Deren Umsetzung wird das Schicksal von Millionen von armen Menschen massiv beeinflussen.

Die NGOs haben das Bekenntnis Österreichs zur Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeitsmittel auf 0,51% des BNE bis 2010 als ersten Schritt begrüßt, nimmt damit Österreich seine Verantwortung in der Welt wahr. Eine Kürzung der österreichischen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit hätte für Tausende Arme und Hungernde in den ärmsten Ländern der Welt katastrophale Auswirkungen.

Gerade die Armen in Entwicklungsländern sind massiv von Ölpreiserhöhungen betroffen. Für viele heißt das, dass sie sich den Transport in ein Krankenhaus nicht mehr leisten können, dass dringend notwendige Medikamente und viele Güter des täglichen Lebens aufgrund der höheren Produktions- und Transportkosten teurer werden – wenn das ihre Regierungen nicht subventionieren – und dafür brauchen sie erst recht mehr Geld. Wenn man das bedenkt, sind die BZÖ-Aussagen doppelt zynisch.

Rückfragen richten Sie bitte an:

Mag. Elfriede Schachner, AGEZ-Geschäftsführerin

Tel: 01/317 40 16; 0699 107 66 216